

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21 9038/39
Telex: 8 66 846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

44. Jahrgang / 91

16. Mai 1989

Professor Dr. Uwe Holtz
MdB zum Beitrag des Euro-
parates beim Bemühen
um das gemeinsame euro-
päische Haus: Parlama-
ntarischer Brückenbauer zwi-
schen West und Ost

Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen
MdB zum geplanten „Zu-
kunftskonzept Informa-
tionstechnik“ der Bundes-
regierung: Das Primat gilt
der Wettbewerbsfähigkeit
(Teil I)

Seite 3

Wilhelm Schmidt MdB zur
Erinnerung an Kurt Lö-
wenstein, den Gründer der
„Kinderfreunde“: Bedeu-
tende Tradition an sozial-
demokratischer Kinderpo-
litik

Seite 6

Parlamentarischer Brückenbauer zwischen West und Ost

Zum Beitrag des Europarates beim Bemühen um das gemeinsame
europäische Haus

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Europa ist mehr als die Europäische Gemeinschaft; Europa ist auch mehr als der Europarat mit seinen 23 Mitgliedsländern. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß der Europarat jetzt mit der Schaffung des speziellen Gaststatus für zentral- und osteuropäische Nicht-Mitgliedstaaten einen Brückenschlag zwischen Ost und West in Europa unternimmt.

Nach dem Willen seiner Gründer soll der Europarat das Europa der Demokratie repräsentieren und nicht ein Europa der Geographie. Die häufig zitierte Offenheit des Europarates war bislang nur eine Möglichkeit, die an die Übernahme der demokratischen und Menschenrechtsprinzipien des Statuts geknüpft waren; sie diente im wesentlichen der eigenen Legitimation sowie der in den Gründerjahren gehegten Hoffnung, eine gewisse Anziehungskraft auf die osteuropäischen Bevölkerungen ausüben zu können.

Zunächst vertrat der Europarat eine prononcierte wertebezogene, antikommunistische Politik, die bis in die 60er Jahre reichte und geprägt war vom rauen Klima des Ost-West-Gegensatzes jener Zeit. Seit etwa 1964 - damals hatte das Ministerkomitee des Europarates grünes Licht für eine Politik der Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedstaaten in dem weiten Feld seiner technischen Arbeiten gegeben - ist die „Ostpolitik“ des Europarates und seiner Versammlung in eine Phase der pragmatischen Orientierung eingetreten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Hochwertiger Umprint
mit recyceltem Satzpapier
Kreuzlinien-Papier



Heute besteht die Möglichkeit, eine neue Seite im Buche des europäischen Parlamentarismus aufzuschlagen. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates ist sich bewußt, daß sich derzeit in Zentral- und Osteuropa Entwicklungen in Richtung auf pluralistische Demokratien, auf Rechtsstaatlichkeit und die Verwirklichung der Menschenrechte vollziehen, welche die in der Satzung des Europarates niedergelegten Grundprinzipien sind. Mehrere Staaten aus Zentral- und Osteuropa haben den Wunsch geäußert, Beziehungen mit der Parlamentarischen Versammlung aufzunehmen und sich an den Arbeiten des Europarates zu beteiligen. Staaten, die ihr Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit mit dem Europarat bekundet haben, sind zum Beispiel Jugoslawien, Ungarn, Polen und die Sowjetunion.

Daß die Entwicklungen in den einzelnen Staaten noch nicht so weit fortgeschritten sind, wie wir uns das wünschen, hat Lech Walesa am 10. Mai anläßlich der Verleihung des Menschenrechtspreises vor der Versammlung bestätigt, als er sagte, Polen sei noch keine Demokratie. Deshalb hat die Parlamentarische Versammlung am 11. Mai zu Recht beschlossen, daß sie den besonderen Gaststatus an jene nationalen gesetzgebenden Versammlungen europäischer Nicht-Mitgliedstaaten verleihen kann, von denen die Schlußakte von Helsinki und die während der KSZE-Konferenzen angenommenen Instrumente sowie die beiden im Jahre 1966 geschlossenen Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen angewandt und umgesetzt werden.

Mit großer Befriedigung konnten wir vor ein paar Tagen zur Kenntnis nehmen, daß Ungarn den „Eisernen Vorhang“ bis Ende 1991 abbauen wird und schon jetzt mit den Abbrucharbeiten begonnen hat. Ich wünsche mir, daß ähnliches auch an der innerdeutschen Grenze und in Berlin geschehen würde.

Von einem demokratischen Aufbruch, wie in Ungarn oder Polen, ist bei den Kommunisten in der DDR jedoch nichts zu spüren. Kein Wunder, daß sie bei Vergleichen in die Nähe Rumäniens gerückt werden. Aber ich bin voller Hoffnung, daß die DDR sich nicht auf Dauer Glasnost, Perestrojka und Demokratisierung verschließen kann.

Wenn es dann eines Tages wirklich zu einem bewohnbaren Gemeinsamen Europäischen Haus kommen sollte, dann darf dabei die Parlamentarische Etage nicht fehlen. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates ist bereit, die dementsprechenden Vorarbeiten zu leisten und die Völker jenseits der Elbe auf ihrem parlamentarischen Weg zur Demokratie zu unterstützen.

(-/16.5.1989/rs/ks)

* * *

Das Primat gilt der Wettbewerbsfähigkeit (Teil I)

Zum geplanten „Zukunftskonzept Informationstechnik“ der Bundesregierung

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB
Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Forschung und Technologie

Nach Monaten der politischen Ankündigungen liegen nun endlich Überlegungen der Bundesregierung für ein Zukunftskonzept Informationstechnik vor, daß das bisherige Programm von 1984 bis 1988 weiterführen und aktualisieren soll. Grundsätzlich ist zu begrüßen, daß die beiden federführenden Ministerien relativ frühzeitig Entwürfe präsentiert und sie relevanten gesellschaftlichen Organisationen zugeleitet haben, um eine intensive Diskussion über ein solch zukunftsrelevantes Entwicklungsfeld zu ermöglichen.

Unbefriedigend und unangemessen angesichts der sozialen, ökologischen, beschäftigungspolitischen Folgewirkungen der Informationstechniken; bleibt, das zur Erstellung dieses Entwurfs eingeleitete Verfahren. Zu den notwendigen Vorstudien wurden ausschließlich Informationstechnikhersteller oder in diesem Bereich forschende Wissenschaftler in vier Arbeitskreisen zusammengezogen, um unter dem Diktum der internationalen Konkurrenzfähigkeit und den damit verbundenen Wachstumspotentialen Anforderungen an die bundesrepublikanische Forschungs- und Technologiepolitik zu formulieren. Konsequenterweise finden sich daher in den Überlegungen der Bundesregierung auch kaum einschlägige Handlungskonzepte für eine ökologische, beschäftigungspolitische und soziale Gestaltungsperspektive des informationstechnischen Wandels. Eine solche Vorgehensweise wirft ein bezeichnendes Licht auf die Vorstellungen der Bundesregierung. Es gilt das Primat der Wettbewerbsfähigkeit der bundesrepublikanischen Industrie, andere Kriterien erhalten bestenfalls einen untergeordneten Stellenwert. Das Konzept muß sich daher insgesamt den Vorwurf gefallen lassen eine wirtschafts- und technikzentrierte Sichtweise zu entwickeln.

Die Herausforderungen des informationstechnischen Umbruchs erfordern jedoch einen integralen und politikfeldübergreifenden Gestaltungsansatz, in dem soziale und beschäftigungspolitische Standards, sowie eine entsprechend ausgebaute TA- und Wirkungsforschung und entsprechende demokratische Innovationen verankert sein müssen. Von daher hätten bereits in den Vorstudien relevante gesellschaftliche Organisationen, Forscher aus dem Bereich der TA-Forschung etc. hinzugezogen werden müssen, um frühzeitig eine reduzierte Problemdimension zu vermeiden.

Gegenwärtige Konzepte haben in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation den Charakter von grundlegenden Weichenstellungen. Politische Entscheidungen müssen daher die Komplexität und Dimensionalität des informationstechnischen Wandels, seine Chancen und Risiken berücksichtigen und mit entsprechenden sozialen, beschäftigungspolitischen und arbeitsrechtlichen Reformvorstellungen verbinden. Dies leistet der vorliegende Entwurf jedoch nicht.

1. Die Überlegungen der Bundesregierung in Sachen Informationstechnik spiegeln die ordnungspolitische Wende á la Riesenhuber im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik deutlich wider. Die Rolle des Staates wird auf das Subsidiaritätsprinzip reduziert, ein expliziter Steuerungs- und Gestaltungsanspruch wird nicht formuliert bzw. entschieden abgelehnt. So formuliert die Bundesregierung etwa, daß man „Bedingungen für eine möglichst ungehinderte Entfaltung für Industrie und Handel auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechniken schaffen will“. Dem Zukunftskonzept liegen also implizit und explizit folgende ordnungspolitische Vorstellungen zugrunde:

- Das Primat der Freiheit der Forschung, insbesondere der Grundlagenforschung.
- Die grundsätzliche, vorbehaltlose Bejahung des technischen Fortschritts.

- Das Subsidiaritätsprinzip bezüglich der inhaltlichen Vorgaben für den F- und T-Bereich.
- Die grundsätzliche Förderung von Spitzenleistung.
- Die Aufgabe eines strukturpolitischen Steuerungsanspruches.

Diese ordnungspolitischen Instrumente sind jedoch angesichts der Dialektik des technischen Fortschritts unzureichend, sie bedeuten faktisch den Verzicht auf eine gesellschaftliche Gestaltungsperspektive.

2. Die Überlegungen der Bundesregierung zeichnen sich durch ein reduziertes Verständnis des Verhältnisses von technologischer Innovation und Gesellschaft aus. Im Mittelpunkt steht die „Erschließung neuer Märkte und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“. Die ökologischen, sozialen und beschäftigungspolitischen Gefahren der neuen Informationstechniken werden kaum zur Kenntnis genommen. Es wird behauptet, daß „der Einsatz neuer Informationstechniken im gesamtwirtschaftlichen Rahmen Arbeitsplätze gefährdet, sich nicht bestätigt“ habe. Selbst die im Auftrag des BMFT gemachte META-Studie 2 kommt jedoch zu differenzierenden Ergebnissen. Die Studie kommt zu der Einschätzung, daß nur „unter günstigen Bedingungen eine erhöhte Innovationstätigkeit zu höherer Beschäftigung führt“. Bei einer mittleren Entwicklungsvariante geht die Studie von einer 85prozentigen Kompensation der Freisetzungseffekte aus, was einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um 360.000 Personen gleich käme.

Auch die Behauptung der informationstechnische Fortschritt produziere quasi automatisch höherwertige Beschäftigungsverhältnisse, läßt sich in dieser Form nicht bestätigen. Vielmehr zeichnen sich sehr unterschiedliche Optionen beim Einsatz der neuen Informationstechniken ab. Ihre Nutzung kann sowohl eine weitere Taylorisierung - eine Formalisierung und Standardisierung sowie Hierarchisierung von Arbeit - nach sich ziehen, als auch neue Produktionskonzepte (Kern-Schumann-Studie) und damit eine Requalifizierung der Arbeit bedeuten. Gerade in dem Spannungsverhältnis dieser beiden Optionen wird die Notwendigkeit von gesellschaftlicher Gestaltungspolitik deutlich, eine Symmetrie von technischer und qualifikatorischer Innovation ist nicht existent. Daher sind beschäftigungs- und qualifikatorische Grundorientierungen von vornherein in die Konzeption für die informationstechnische Zukunft einzubeziehen.

3. Die Vorstudien zum Informationstechnikkonzept sind auch von Teilen der Industrie mit dem Vorwurf belegt worden, daß im Bereich der Informationstechniken eine langfristige Strategie fehle - „man sucht vergeblich nach Prioritäten oder zeitlichen Horizonten“, so etwa die IBM Deutschland in einer Stellungnahme. Insbesondere die Frage der Schwerpunktsetzung, ihrer finanziellen Ausstattung und der Finanzierung insgesamt wird im Informationstechnikkonzept nicht entfaltet. Dies ist insofern von Bedeutung als in den nächsten Jahren die finanziellen Belastungen durch die bereits beschlossenen Raumfahrtprogramme deutlich zunehmen wird, so daß bald jede vierte Mark des Forschungshaushaltes für diesen Bereich aufgewendet werden muß.

Langfristig stellt sich bei den enormen finanziellen Ressourcen für die weitere Forschung und Entwicklung im Bereich der Mikroelektronik ohnehin die Frage, wie der Entwicklungs- und Produktionsprozeß in diesem Bereich zu strukturieren ist. Das JESSY-Projekt stellt sicherlich einen sinnvollen Ansatzpunkt dar im Bereich der mikroelektronischen Forschung und Infrastruktur auf europäischer Ebene. Voraussetzungen, die Weiterentwicklung des technologischen Know-how's zu schaffen. Eine JESSY-Konzeption, die allein auf die Vorstellung einer Autarkie Westeuropas im Bereich der Chipversorgung setzt bzw. deutsche Firmen ökonomisches Risiko bei der Entwicklung der nächsten Chipgeneration abnehmen will, greift jedoch wesentlich zu kurz.

Ein solches Programm ist nur dann unter forschungs- und industriepolitischen Gesichtspunkten sinnvoll, wenn das Förderungsprogramm mittelfristig zur Weiterentwicklung der wissenschaftlich-technischen Infrastruktur führt und damit Voraussetzungen für eine die über den Rahmen der EG hinausreichende Kooperation mit den immer noch dominierenden Ländern wie Japan und den USA zu schaffen. Die Weiterentwicklung der wissenschaftlich-technischen Infrastruktur in diesem Sektor ist auch unter der Perspektive einer technologischen Gestaltungspolitik relevant, denn ohne eigenständige technologische und wissenschaftliche Basis wird eine gesellschaftliche Gestaltungsoption noch weitaus schwieriger zu realisieren sein. Darüber hinaus sind aber auch von vornherein regionalpolitische Zielsetzungen zu entwickeln, die darauf abzielen, eine Nivellierung des bestehenden Nord-Süd-Gefälles im Bereich der elektronischen Industrie in der Bundesrepublik einzuleiten.

4. Bisher fehlt in den Überlegungen der Regierung ein konsistenter Ansatz für eine sozialverträgliche Technikgestaltung. Zwar tauchen Stichworte wie Technologiefolgeabschätzung, Wirkungsforschung etc. auf, ohne daß sie jedoch zu einem integralen Bestandteil der Förderpolitik werden. Vielmehr vermittelt der bisherige Ansatz einzig den Eindruck in dieser Frage allenfalls verbale Zugeständnisse machen zu wollen. Unter dem Stichwort Auswirkungen der Informationstechnik heißt es etwa, daß „ein Dialog zwischen allen betroffenen oder interessierten Verbänden die Hemmnisse für die Anwendung der Informationstechnik abbauen soll, die auf unzureichendes Wissen oder mangelnde Kommunikation beruhen“. Eine solche Bestimmung des öffentlichen Diskurses im Bereich der Informationstechnik ist jedoch völlig unzureichend. Im Mittelpunkt eines solchen Dialoges müßten institutionelle und rechtliche Anforderungen stehen, um die gesellschaftlichen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Bereich auszuloten und weiterzuentwickeln. In solchen Formulierungen wird indes die Funktion, denen die Bundesregierung Maßnahmen zur Technologiefolgeabschätzung zumißt, deutlich. Es geht im Prinzip um die Akzeptanzsicherung des wissenschaftlichen Fortschritts und nicht um effiziente A-Kapazitäten, die in Form wissenschaftlicher Politikberatung Gestaltungsmöglichkeiten des technologischen Wandels erarbeiten und realisieren.

Die Frage von demokratischen Innovationen um die strukturellen Voraussetzungen für eine Gestaltung für Arbeit und Technik zu schaffen, werden erst gar nicht thematisiert. Probleme der Interessensvertretung im Betrieb durch die Möglichkeit globaler Arbeitsteilung beim Einsatz der neuen Informationstechniken finden entsprechend keinerlei Berücksichtigung. Ein Zukunftskonzept muß sich jedoch auch der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung sozialer Schutzrechte für Arbeitnehmer und Bürgerinnen, um die Gesellschaft auf die sich rasch wandelnden Rahmenbedingungen vorzubereiten. In der Studie der OECD mit dem Titel „new Technologies in the 1990“ heißt es daher konsequenterweise: „Die erfolgreiche Beherrschung des technischen wie des sozialen Wandels, der durch die informationstechnische Revolution eingeleitet wird, ist der Schlüssel zu den Wachstumspotentialen und zur Zukunft unserer Gesellschaft.“

(-/16.5.1989/rs/ks)

* * *

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

Bedeutende Tradition an sozialdemokratischer Kinderpolitik

Zur Erinnerung an Kurt Löwenstein, den Gründer der „Kinderfreunde“

Von Wilhelm Schmidt MdB

Kinderbeauftragter der SPD-Fraktion, Sprecher der Bundestags-Kinderkommission

Vor 50 Jahren starb im französischen Exil Kurt Löwenstein. Mit seinem Wirken ist zum einen die konkrete Fortentwicklung der modernen Pädagogik verbunden, denn als Neuköllner Bildungs-Stadtrat hat er in Berlin Anfang der 20er Jahre die erste Gesamtschule und die erste Institution des 2. Bildungsweges durchgesetzt. Zum anderen war er als SPD-Reichstagsabgeordneter seit 1920 ein vielbeachteter Debattenredner, der sich auch als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen immer wieder um die Lösung der vielfältigen Fragen der Arbeiterbildung bemühte.

Mit Kurt Löwenstein verbindet sich jedoch auch die Erinnerung an ein wichtiges Kapitel sozialdemokratischer Aktivitäten, die es heute nicht mehr gibt: die „Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde“. In der Blütezeit dieser von Löwenstein 1923 gegründeten und bis zur Zwangsausslösung 1933 geleiteten SPD-Kinderorganisation wurden in ihr rund 200.000 Kindermitglieder und 70.000 Elternmitglieder betreut.

Die Kinderfreunde waren gedacht als Erziehungsorganisation der Arbeiterklasse und entwickelten sich zur größten laienpädagogischen Bewegung ihrer Zeit. Löwenstein wollte mit ihr - in Anlehnung an das schon zum Anfang des Jahrhunderts in Österreich gegründete Vorbild - dem „physischen, psychischen und ideologischen Kinderraub der Bourgeoisie am Proletariat entgegenwirken“, ganz im Sinne der „Klassenkampf“-Gruppe um Adler, Levi, Rosenfeld und Seydewitz, der Löwenstein zugerechnet wurde.

Löwenstein hat sich auch aus heutiger Sicht bleibende Verdienste um eine Formulierung kinderpolitischer Aufgaben und Ziele erworben. Die Titel „Das Kind als Träger der werdenden Gesellschaft“ (1928), „Die Aufgaben der Kinderfreunde“ (1929) und „Freie Bahn den Kinderfreunden“ (1930) zeigen die kämpferische Art, mit der dieser engagierte Pädagoge sozialistische Erziehungsprinzipien zum Durchbruch bringen wollte. Löwenstein zeigte sich dabei unter Einbeziehung „seiner“ Organisationen AsL und Kinderfreunde als glänzender Vertreter von Theorie und Praxis.

Insofern ist Löwenstein für die aktuelle politische Situation durchaus grundsätzlich als Vorbild zu sehen. Abgesehen von einzelnen Positionen ist es sein bleibendes Verdienst, kinderpolitische Forderungen formuliert zu haben. Daran mangelt es in der politischen Landschaft in der Bundesrepublik noch weitgehend, obwohl sich immer mehr die Erkenntnis im politischen Umfeld durchsetzt, daß für Kinder in unserer Gesellschaft wieder mehr Platz sein muß. Es gab schon in den 20er Jahren viele gute sozialdemokratische Gründe, für Kinderinteressen einzutreten, das hat Kurt Löwenstein bewiesen.

Ich füge mit Nachdruck hinzu: In der modernen Leistungs-(Ellbogen-)gesellschaft haben sich zu den damals schon erkennbaren Motiven heute noch einige hinzugesellt. „Glückliche Kinder - unsere Zukunft“, dieses Motto des Deutschen Kinderhilfswerks wird zur Beschwörungsformel, wenn nicht ein Umdenken zugunsten der Kinder eingeleitet wird. Die im Herbst zur Verabschiedung vorgesehene Konvention der UNO für die Rechte der Kinder könnte und sollte - trotz einiger zu erwartender Mängel - auch für die bundesdeutsche politische Landschaft ein Signal und Symbol für neue Aktivitäten und konkretes politisches Handeln zum Wohle der Kinderinteressen sein. Die große Tradition der SPD auf diesem Felde, begründet durch Kurt Löwenstein und seine Pionierarbeit, verpflichtet dabei aus Überzeugung zur intensiven Beteiligung.

(-/16.5.1989/rs/fr)

* * *